



Was bringt das Neue Jahr?

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Liebe Leserin, lieber Leser,
wenn Sie diese Zeitung in Händen halten, sind Sie wahrscheinlich schon mit den Vorbereitungen für die Weihnachtsfeiertage beschäftigt. Für manchen kann das ganz schön stressig sein.

Doch ich meine nicht den Alltagsstress, den kann man auch manchmal ganz gut umgehen. Ich meine die sogenannten Hiobsbotschaften.

War es die letzten Jahre nicht so, dass ausgerechnet zu Weihnachten die Menschen in Angst und Schrecken um ihre Arbeitsplätze versetzt wurden?

Die Liste ist lang: Kroschu, Siemens, Vogt, EWK, Wickmann, Opel, Nokia, Galladé, Lunke und Sohn usw.

Aufschwung ...

Doch dieses Jahr soll scheinbar alles anders sein, wie wenn es die tiefste und einschneidendste Weltwirtschafts- und Finanzkrise nie gegeben hätte. Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) erzählt vom Aufschwung, Arbeitsministerin von

der Leyen (CDU) verkündet mit stolzgeschwellter Brust „weniger als 3 Millionen Arbeitslose“, so „wenig“ wie seit 18 Jahren nicht.

Glauben Sie das auch? Oder sind sie aufgrund Ihrer Erfahrungen doch eher misstrauisch? Lassen wir doch einfach nur die Fakten sprechen.

... nicht bei uns angekommen

Wie ist das z.B. mit dem Aufschwung? Ob auf oder ab – bei uns Normalverbrauchern kommen **nur** Preiserhöhungen und Steuern für alles und jedes an. Den Aufschwung hat keiner von uns gesehen oder gar im Portemonnaie gespürt.

Als zweites wäre die Frage, wie 2,95 Millionen Arbeitslose zusammenpassen mit immerhin 6,6 Millionen Hartz-IV-Beziehern? Da müssten ja fast 4 Millionen Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, so wenig verdienen, dass ihr Hungerlohn vom Staat, also von unseren eingezahlten Arbeitslosengeldern, zum Sozial-

Inhalt

- 1 - 2 Leitartikel
- 3 - 4 Zuschriften
- 5 Stuttgart 21
- 6 - 7 Umwelt
- 8 Montagsdemo in Berlin
- 9 Jahreshauptversammlung
- 10 Interview
- 11 Die Angst vor dem Bürger
- 12 Kolumne

hilfesatz „aufgestockt“ werden muss. Das alleine wäre schon ein Skandal. Aber natürlich hat Frau von der Leyen 1,2 Millionen „Stille Reserve“ nicht gerechnet, weil die nirgends gelistet sind. Insgesamt nach Berechnungen des Bundestagsabgeordneten Herbert Schui, Professor für Volkswirtschaft, wären es rund 9,7 Millionen Menschen, die auf Arbeitssuche sind.

Unsere Zukunft ...

Viel wichtiger aber ist die Frage, wie es mit unserer Zukunft bestellt ist? Diese findet global statt, aber auch hier in unserer Stadt.

Was auf der Weltbühne passiert ist, war nicht sehr vertrauenerweckend.

Auf der Weltklimakonferenz haben die angeblich Mächtigen dieser Erde völlig versagt angesichts der Unfähigkeit und Unwilligkeit der industriellen Großverschmutzer, ihre Umweltverbrechen einzustellen.

Die Verlängerung der Atomkraftwerks-Laufzeiten und Lockerung der Sicherheitsvorkehrungen sind nichts als ein Kniefall vor den Profitinteressen der Energiekonzerne. Alternative und auf kommunaler Ebene stattfindende Energiegewinnung wird dadurch ruiniert.

Mit den Milliarden-Rettungsschirmen für die Banken werden die Kommunen und Steuerzahler auf Jahrhunderte verschuldet, wobei das aufgenommene Geld nur neue Spekulationsblasen erzeugen wird.



Levelan-pixelio.de

Fortsetzung von Seite 1

Kommunen zur Kasse

Seit Jahren werden die Kommunen von der Bundes- und Landespolitik dazu benutzt, das Geld von unten nach oben umzuverteilen. Die Kommunen sollen als Wirtschaftsunternehmen geführt werden, was sich nicht lohnt, wird gestrichen.

Es gibt aber in der täglichen Daseinsfürsorge für die in den Kommunen lebenden Menschen vieles, was lebenswert und lebensnotwendig ist, sich aber im Sinne einer profitorientierten Betriebswirtschaft nicht lohnt: Kultur, Sport, Bildung, Krankenversorgung, Betreuung und Fürsorge für behinderte und alte Menschen, Kindergärten und Spielplätze ...

Zeiten ändern sich...

Stuttgart 21 ist ein Signal für eine neue Kommunalpolitik, eine Bestätigung des Gedankens „Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.“ Dieses Motto von *AUF Witten* ist nicht nur ein schöner Satz, den jeder unterschreiben würde, er ist eine pure Notwendigkeit. Die Bedeutung des Massenprotestes gegen Stuttgart 21 liegt darin, dass die Leute selbst aktiv geworden sind – ohne sich lähmen zu lassen von Überlegungen, ob sie damit überhaupt durchkommen.

Es ist von großer Bedeutung, dass sich die anfangs kleine Protestbewegung mit der Montagsdemo Stuttgart verbunden hat, die seit mehr als 5 Jahren unerschütterlich auf dem Schlossplatz Flagge zeigt und tausende von Menschen erreicht hat. Die mit ihrem offenen Mikrofon vielen

Hundertern die Möglichkeit gegeben hat, ihre Gedanken in freier Diskussion zu äußern und zu schärfen und sich an Widersprüchen zu entwickeln. Die eine solidarische Streitkultur entwickelt hat, die Menschen zusammenschließt.

...auch in Witten

Auch hier gibt es eine konsequente und gefestigte Montagsdemonstrationsbewegung. Sie wird von *AUF Witten* mit vollster Überzeugung als eine Methode der direkten Demokratie unterstützt und mitgetragen. Auch in Witten gibt es inzwischen immer mehr Bewegungen und Initiativen von Bürgern, die mit der Politik dieser Stadt nicht mehr einverstanden sind.

AUF Witten unterstützt diese Bewegungen für ein lebenswertes Witten und gegen bürokratische Willkür nach besten Kräften und setzt sich mit Ratsmitglied Achim Czulwick als Sprachrohr dieser Bewegungen im Stadtrat ein.

Notwendig wäre eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit dieser oftmals noch getrennt voneinander agierenden Initiativen. Auch dafür machen wir uns stark.

Wenn demnächst wieder die Debatten um den Haushalt der Stadt Witten und um die desolante finanzielle Lage die öffentliche Diskussion bestimmen, dürfen wir darüber nicht vergessen, wie stark die neue Opposition schon ist. Sie ist sich dessen aber noch nicht richtig bewusst und es fehlt auch noch an Menschen, die sich ganz bewusst dazu entschließen, neuer Politiker zu werden.

Wer dies in und zusammen mit *AUF Witten* versuchen will, ist herzlich will-

kommen. Im Frühjahr werden wir eine unübersehbare Protestaktion „Für ein kinderfreundliches Witten“ starten – die Mitstreiter dazu werden jetzt schon gesucht und können sich auf Mitmachlisten eintragen.

Wer uns der Phantasterei bezichtigt, angeblich weil kein Geld für solch schöne Projekte vorhanden wäre, hat nur nicht den Mut sich mit denen anzulegen, die von der Finanzkrise profitieren.

Doch wir brauchen andere Ideen, als immer nur dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zu ziehen. Unsere Forderungen sind etwas ganz Neues:

Zinsmoratorium, das heißt Aussetzen der Zinszahlungen der Stadt an die Banken solange, bis alle wichtigen Infrastrukturinvestitionen getätigt sind.

Schuldenmoratorium, das heißt Niederschlagung der kommunalen Schulden unter Schirmherrschaft der Landesregierung. Ein Bruchteil des durch Spekulation verbrannten Geldes hätte ausgereicht, die gesamten kommunalen Haushalte in Deutschland komplett zu entschulden.

Damit diese Forderungen Wirklichkeit werden können, ist *AUF Witten* Mitglied in einem bundesweiten Zusammenschluss alternativer Wahlbündnisse, die wie *AUF Witten* auf überparteilicher Grundlage arbeiten. Ziel ist unter anderem ein **alternativer Städtetag**, der die Forderungen mit entsprechendem Gewicht vorbringen kann.

Auch wenn nicht alles in einem Jahr verwirklicht werden kann, ist uns um das Neue Jahr nicht bange:

- Das Neue Jahr wird neue Formen des Widerstands hervorbringen, nicht nur in Witten, sondern auf der ganzen Welt. Das ist die positive Kehrseite der schlimmen Auswirkungen der Globalisierung.
- Es wird aber auch ein Jahr der Entscheidung sein: wie viel lassen wir uns noch gefallen, bis wir für die Zukunft und die unserer Jugend kämpfen werden?
- Es wird das Jahr sein, das neue Politiker mit neuen Fähigkeiten und Kompetenzen hervorbringt.
- Es wird aber auch unvermeidlich Niederlagen geben. Doch wer aus Furcht vor der Niederlage erst gar nicht seine Rechte verteidigen will, der hat schon verloren.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen besinnliche und erholsame Feiertage und ein erfolgreiches, kämpferisches Neues Jahr!



Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)

Zweierlei Maß

Seit Frühjahr sieht man städtische Angestellte, vor allem Frauen, in roter Arbeitskleidung und eine graue Mülltonne schiebend durch unsere Stadt laufen. Sie sammeln umherliegenden Abfall und sollen Verschmutzungen beseitigen. Auf der Erde liegend bzw. kniend zupfen sie, lediglich mit Gummihandschuhen ausgerüstet, oder entfernen gar mit eigenem Teppichmesser, Grünbewuchs aus Pflasterfugen. Eine Möglichkeit zur hygienisch sauberen Aufbewahrung persönlicher Gegenstände gibt es an der Tonne nicht. Lebensmittel werden in einem Stoff- oder Plastikbeutel außen an der Mülltonne hängend mitgeführt. In der Tonne Hundekot und Müll!



Für die hier angesprochenen Mitarbeiter scheint ein menschenwürdiger Arbeitsplatz mit Ausstattung üblicher Arbeitsmittel nicht möglich. Aus Kostengründen?

Da wird bei der Stadt offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen. So ist unsere Bürgermeisterin, Frau Sonja Leidemann, eine begeisterte Liebhaberin schicker Dienstwagen. Vor allem immer das neueste Modell. Seit ihrem Dienstantritt 2004 hat sie bereits 4 Fahrzeuge mit 5 verschiedenen Zulassungsschildern ausprobiert. Natürlich haben Größe und Ausstattung der Dienstfahrzeuge stetig zugenommen. Nach Nutzung zweier BMW-Modelle ist sie seit einigen Monaten im Besitz eines sportlichen Mercedes der gehobenen E-Klasse, welchen Sie nun

absolut nicht zur Repräsentation der Stadt Witten und Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Verwaltungschefin benötigt. Deshalb wird der Wagen selbstverständlich auch privat genutzt. **Muss sich die Bürgermeisterin hier nicht den Vorwurf machen lassen, dass mit dem tollen Dienstwagen auch persönliche Bedürfnisse befriedigt werden, zu Lasten der Wittener Bürger und natürlich auch der Straßenfeger?**

Da passt es doch wunderbar ins Bild, dass der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Witten, Thomas Richter, kürzlich wieder populistisch zur „Sauberekeit in unserer Stadt“ aufgerufen hat. **Hat er etwa damit die menschenunwürdig beschäftigten Straßenreinigungskräfte gemeint?** Da könnte er doch seinen vollmundigen Äußerungen einmal Taten folgen lassen und den vorgenannten Straßenfegern eine menschenwürdige Arbeitsausstattung spendieren. Das wäre nicht nur ganz im Sinne seiner sozialpolitischen Gesinnung, das würde ihn auch finanziell nicht überfordern angesichts seines überdurchschnittlichen Jahreseinkommens als einfacher Sachbearbeiter bei den Stadtwerken Witten in Höhe von rund 60.000 Euro und rund 25.000 Euro Aufwandsbeträgen aus politischen Tätigkeiten.

Wenn man aber nach den Gründen für das dreckige Erscheinungsbild unserer Stadt fragt, sind die erwähnten begünstigten Personen schnell bei der Hand, dies allein den Bürgern oder gewissen Personenkreisen anzulasten: Die eigene Unfähigkeit, Desinteresse und organisatorische, personelle und strukturelle Mängel in der Verwaltung bleiben außen vor.

Der desolate Zustand der 750.000 Euro-Bushaltestelle am Rathaus spricht für sich. Deutlich sichtbare Verschmutzungen, gar Grasbewuchs auf dem Dach scheinen städtische Mitarbeiter, Frau Bürgermeisterin eingeschlossen, nicht zu interessieren - trotz unmittelbarer Nähe und freier Sicht. Mit den Sprüchen für eine saubere Stadt lenkt man vom eigenen Versagen ab, siehe Stadtbad, Stadtbücherei, Villa Lohmann, öffentliche Straßen, Schulen, usw.



Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern – dieses Motto von AUF Witten gibt die richtige Antwort. Ich sage nur: macht weiter so!

Name der Redaktion bekannt

Schildbürgerstreich

So kann man den neuen Busbahnhof nennen. Großzügig am Kornmarkt angesiedelt, stiefmütterlich zum Hauptbahnhof der DB verbannt.

Absicht oder Willkür? Vermutlich sollte nur eine weitere Immobilie verscheuert werden.

Langsam aber sicher ist es an der Zeit, die Verantwortlichen in Ihre Schranken zu weisen, um einen weiteren Ausverkauf kommunalen Eigentums ohne Billigung bzw. Zustimmung der Bürger zu verhindern.

Es kann nicht sein, dass die Verantwortlichen unserer Stadt sich eine goldene Nase im Sinne von Sympathie und Zuneigung bei der Wirtschaft sichern.

Eine Methode die von Parlamentariern in Land und Bund gerne eingeschlagen wird wie die Beispiele Schröder (Gazprom) oder Koch (Bilfinger-Berger) zeigen.

Langsam aber sicher ist Protest angesagt, dieser Willkür Paroli zu bieten.

Name der Redaktion bekannt



Weitere Zuschriften - Fortsetzung von Seite 3

Kinderfreundliches Witten auch in der Schellingstraße!



Vorbemerkung der Redaktion

Auf unsere letzte Ausgabe von **Witten im AUFbruch** erhielten wir ein durchweg positives Echo. Nicht nur weitere Unterschriften für die Mitmachaktion „Für ein kinderfreundliches Witten“, sondern auch Berichte über Missstände und über Schikanen gegenüber Kindern. An verschiedenen Kinderspielflächen wurden Schaukeln abgebaut und nicht mehr angebracht.

Eine Initiative aus der Schellingstraße berichtet über einen Konflikt mit der Siedlungsgesellschaft Lutherstraße, der in der ganzen Nachbarschaft hohe Wellen schlug.

Seit Jahren, über mehrere Kindergenerationen hinweg, kann man sich am Ballspiel der Kinder hinter unseren Häusern der Siedlungsgesellschaft erfreuen. Hier wird über Integration nicht nur geredet, sondern sie wirklich gelebt.

Eines Tages in diesem Sommer war plötzlich ein Schild einbetoniert „Ballspielen verboten.“ Wer weiß, was Ballspielen für Kinder bedeutet, kann hier nur den Kopf schütteln. Natürlich kann jedes Kind für sich auf die Schaukel gehen oder



am Kletterglobus herumklettern. Aber Ballspiele haben eine ganz andere Funktion und Anziehungskraft.

Mit der zuständigen Siedlungsgesellschaft wurde in einen Briefwechsel getreten, mehrere Mieter haben sich selbstständig für die Kinder eingesetzt. Die Briefe und die Antworten kursieren in der ganzen Nachbarschaft. Denn dass die Kinder zum Ballspielen jetzt auf die enge Schellingstraße ausweichen, wo zudem reger Autoverkehr wegen dem gegenüber liegenden Kindergarten stattfindet, ist ja höchstgefährlich.

Die Eltern und ältere Fürsprecher sehen nicht ein, dass die Interessen eines kinderlosen Ehepaars, das um den Zaun ihrer Gartenlaube fürchtet, den Vorrang bekommen nach all den ganzen problemlosen Jahren.

Nachsatz der Redaktion

Wir haben uns an die Siedlungsgesellschaft gewandt. Dort wurde uns mitgeteilt, es wäre noch nicht endgültig entschieden, wie weiter verfahren würde, ein Antwortschreiben an die Mieter wäre in Arbeit, wer das entscheiden würde, wäre auch noch nicht klar.

Man kann nur hoffen, dass die anfänglich ziemlich rigide und belehrende Antwort der Siedlungsgesellschaft korrigiert wird. Vielleicht hilft ja unsere Veröffentlichung mit. Wie uns bekannt wurde, gibt es auch bei anderen Siedlungsgesellschaften Ballspielverbote. Angeblich wäre alles andere erlaubt. Hier wird doch, mit Verlaub, bürokratisch argumentiert, Kinder werden als Belästigung wahrgenommen. **Dabei sind sie unsere Zukunft!**

Name der Redaktion bekannt

Da war doch was!

Nachdem Frau Leidemann Bürgermeisterin wurde, stiegen auch ihre Ansprüche. Um repräsentieren zu können, war der Opel Zafira ihres Vorgängers nicht gut genug. Im Laufe ihrer ca. sechsjährigen Amtszeit war der Verschleiß ihrer Autos so groß, dass sie sich nicht scheute, sich nach der Landtagswahl einen dritten Neuwagen, die neue Mercedes E-Klasse zuzulegen. Nicht nur zur dienstlichen Repräsentation, sondern auch privat.

Stellt sich die Frage was bei einem Schuldenstand von 350 Millionen Euro zu repräsentieren ist? Bei einem solchen Schuldenstand, um es einmal ironisch auszudrücken, wäre maximal ein Fahrrad angemessen, natürlich auch zur privaten Nutzung. Und alle bedauern uns, dass wir kein Geld mehr haben.

Sollte es dennoch wider Erwarten zu einer besonderen Repräsentation kommen, würde ich mich im passenden Outfit und Karosse zur Verfügung stellen.

Herbert Schlüter, Witten

Nicht nur Hartz IV muss weg!

Nicht nur Hartz IV muss vom Tisch, es muss ein Umdenken in der Wirtschaft stattfinden. Die Damen und Herren in der Wirtschaft müssen von ihrem Streben nach Gewinnmaximierung abrücken.

Vor allen Dingen muss solchen Investoren, die nur an schnellem Gewinn, nicht aber an einer langfristigen Beteiligung an einem Unternehmen interessiert sind, das Handwerk gelegt werden. Wenn ich mich nicht irre, werden solche Investoren als „Heuschrecken“ bezeichnet. Die Bezeichnung passt.

Ich zitiere aus einem Buch, das ich wärmstens empfehle: „*Heuschrecken erstreben den ‚Super-Return‘, eine Verzinsung von 25% und mehr. Motto: ‚Buy it, strip it, flip it‘ - Kaufen, plündern, weg damit.*“ Was mit den Mitarbeitern geschieht, ist schießegal.

Ich halte solche Machenschaften für kriminell. Zwischen Eigennutz und Raffgier liegen Welten. Ich zitiere noch einmal aus diesem Buch: „*Eine reiche Tante zahlt natürlich auch aus Eigennutz die Operation der Nichte: sie profitiert persönlich und emotional davon, dass ihre Familie glücklich ist. Ist die Tante raffgierig, dann lässt sie die Nichte lieber sterben – und investiert in Medizin-Aktien. Schließlich wird ja nach der neoliberalen Theorie durch Tantchens Profitmaximierung sogar die ganze Gesellschaft besser gestellt und der Tod der Nichte war deren Solidarbeitrag.*“ Hammer, nicht wahr?

Das Buch, aus dem ich zitiert habe, heißt: „Die geplünderte Republik“ von Thomas Wiczorek. Ich kann es nur empfehlen.

Name der Redaktion bekannt



Was lernen wir daraus?

Von Herbert Schlüter Umwelt-AG, Gregor Duve, Mitglied im Vorstand

Wieder einmal wurde eine Projektplanung aus dem Boden gestampft, deren Wirtschaftlichkeit umstritten ist und von den Bürgern der Stadt Stuttgart nicht akzeptiert wird. So wurden unter Anderem wertvolle Bäume gefällt, das Grundwassersystem muss verändert werden, der Denkmalschutz wird geopfert, städtebauliche Veränderungen werden in Kauf genommen.

Abgesehen davon wurde über die Köpfe der Bürger hinweg geplant und verplant, um dieses milliarden schwere Prestigeobjekt (unterirdischer Durchgangsbahnhof) zu erstellen.

Recherchen zu Folge zunächst mit 4,1 Milliarden Euro geplant, mittlerweile kalkuliert man mit bis zu 11 Milliarden Euro. Gelder, die über Steuermittel von Bund, Ländern (Baden-Württemberg und Bayern) sowie der Stadt Stuttgart aufgebracht werden müssen. Finanzmittel der Bahn AG werden durch die Hintertür durch Fahrpreiserhöhungen abgedeckt.

Notwendige Instandsetzungen z.B. des defekten Aufzuges im Bahnhof Witten (starke Einschränkung für Behinderte und alte Menschen) werden mutwillig hinausgeschoben.

Einsparungen durch vernachlässigte Wartung, z.B. am Ruhrviadukt auf der Strecke Witten – Hagen, wo abgerostete schwere Eisenteile des Geländers sich lösten und herabstürzten und nicht ordentlich instandgesetzt wurden, sodass die Gefahr weiter besteht.



Weichenstellung wohin?

Erich-Westendarp-pixelio

Auch Schnellverbindungen (Ruhrgebiet, Köln, Dortmund) fallen dem Prestigeobjekt Stuttgart zum Opfer.

Zusammenaddiert bezahlen die Menschen wieder einmal die Zeche.

Bei der Planung und im Zustimmungsv erfahren wurden die Bürger jedoch außen vorgelassen bzw. desinformiert. Kein Wunder, dass sich hunderttausende Bürger und Sympathisanten zusammenschlossen haben, um dieses Bauwerk zu verhindern.

Skrupellos und brutal wurden die Demonstranten von der Polizei mit Billigung der Politik auseinander getrieben, selbst vor Kindern haben sie nicht halt gemacht. Mit brutaler Vorgehensweise hat die Polizei jegliche Demonstrationen gestört.

Was lernen wir daraus: Ist diese Vorgehensweise, der gemeinsame Protest wie in Stuttgart nicht auch für uns in Witten angebracht? Denken wir einmal zurück, da wurde auch ein Prestigeobjekt Bushaltestelle Rathaus kalkuliert mit 500.000,- Euro, während der Bauzeit auf 700.000,- Euro gestiegen, anschließend fehlte noch der Blitzableiter, auch an Folgekosten (Wartung) wurde nicht gedacht. Unfähigkeit oder Absicht?

Laut Pressebericht, „die 19 Millionen für Haus Witten werden wir noch suchen“, fing damit alles an; mittlerweile haben sich die Gesamtschulden der Stadt Witten auf 350 Millionen Euro erhöht und steigen weiter.

Mit allen Mitteln versucht man von den Prestigeobjekten abzulenken, in dem man systematisch mit dem Ausverkauf städtischer Eigentümer (Villa Lohmann, Stadtbücherei, etc.) beginnt.



H. Schlüter

G. Duve

Nach Schließung von Jugendzentren und Sporteinrichtungen, insbesondere Sportplätzen werden nach und nach auch Kinderspielplätze reduziert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass jegliche Art von Kommunikation, freier und sozialer Entfaltung bei Kindern und Jugendlichen unterdrückt wird.

Unter dem Motto weniger ist mehr werden Investoren und Geldhaien Tür und Tor geöffnet, mit dem Hintergrund die Schulden zu reduzieren, welches der verkehrte Weg und auch nicht möglich ist.

Denken wir zurück, wie erst kürzlich der Verkauf des Büchereigebäudes bzw. der Verkauf der Villa Lohmann beraten und nur durch Zufall aufgedeckt wurde.

Man muss sich fragen, wo wir leben: in einer Demokratie oder gar in einer Diktatur?

Ein Sprichwort sagt: „*Wer sich wehrt lebt ehrenwert, nur gemeinsam sind wir stark!*“

Übrigens wussten Sie schon: Die Allianz Pro Schiene hat festgestellt, dass von 58 Neubauprojekten drei als Prestigeobjekte eingestuft wurden, unter anderem Stuttgart 21.

Elf Milliarden Euro für ein Investitionsprogramm könnten das deutsche Schienennetz innerhalb der nächsten zehn bis zwanzig Jahren in die Lage versetzen, die doppelte Gütermenge auf der Schiene zu transportieren. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesumweltamtes durchgeführt.

Der Anteil des Gütertransportes über die Schiene beträgt 20%.

Eine Steigerung um das Doppelte bedeutet mehr Umweltschutz, eine Entlastung der Straßen, eine Verringerung von CO₂-Gasen und krebserregender Feinstäube.

Mobilität und Energie – weitere Gedanken zu fossilen und atomaren Energieträgern und zur Profitgier

Von René Schlüter – Sprecher im Vorstand von AUF Witten und Mitglied der Umwelt AG

Unsere heutige Gesellschaft ist in ihrer Funktion stark abhängig von der Mobilität des Einzelnen und auch der Gesamtheit. Dabei müssen heutzutage im alltäglichen Leben zum Teil große Strecken notwendigerweise zurückgelegt werden. Vor wenigen Wochen wurde der Tag der Elektromobilität begangen. Wie stellt sich nun die Wirklichkeit dieser zukünftig wohl unabdingbaren Alternative zu Verbrennungsantrieben dar?

Alternative Antriebe

Auf der einen Seite gibt es weltweit, aber auch in unserem Land, große Anstrengungen der Forschung, um langlebigere, leistungsstärkere, leichtere und effizientere Batterien zu entwickeln. Auch für das aktuelle Problem der langen Ladezeiten und hohen Preise der Batterien scheint sich schon eine Lösung anzubieten.

So läuft aktuell in Israel ein Modellversuch, bei dem der Elektrofahrzeugbesitzer den Akku nur von der Betreiberfirma mietet und zusätzlich für den verbrauchten Strom bezahlt – damit würde auch der hohe Kostenanteil des Akkus im Preis eines Elektrofahrzeugs entfallen.

Modellversuch

Im Modellversuch wird die Batterie in einer Art Garage innerhalb von fünfzehn Minuten unter dem Fahrzeug entfernt und durch eine neue aufgeladene ersetzt. Gleichzeitig scheint auch die Fahrzeugindustrie die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und zunehmend Hybrid- und Elektrofahrzeuge anzubieten oder zu entwickeln.



Der einzige Hybridbus in NRW – ein kleiner Anfang

Des Weiteren werden Prototypen mit Brennstoffzellen erprobt und betrieben. Es gibt also durchaus Alternativen zur gefährlich anachronistischen Herrschaft des endlichen Öls und seiner Produzenten, die dieses Jahr erst besonders eindrucksvoll ihre Rücksichtslosigkeit und Profitgier durch die gigantische Ölpest im Golf von Mexico bewiesen und deren (Förder-)Methoden auch seit Jahren verheerende Folgen für Länder wie z.B. Nigeria haben.

Zum Betrieb von Elektroautos, -bussen und -LKW's, der schon zu großen Teilen elektrisch betriebenen Eisenbahnen und zur Produktion von in Brennstoffzellen benötigtem Wasserstoff benötigt man jedoch viel Energie und damit Strom.

Ausstieg aus dem Ausstieg

Hier wurden nun in der letzten Zeit durch den Ausstieg vom Atomausstieg durch die Laufzeitverlängerungen und die Anstrengungen zum Bau von neuen riesigen und überdimensionierten Kohlekraftwerksparks und Müllverbrennungsanlagen energiepolitisch Fakten geschaffen, die langfristig verheerende Folgen nach sich ziehen werden.

Sogar eine gesetzliche Pflicht der Energiekonzerne zum Ausbau ihrer Netze zur Aufnahme von mehr alternativ erzeugtem Strom auch außerhalb der Spitzenzeiten ist keinesfalls Teil der neuen

Übereinkunft der aktuell regierenden Politik mit der mächtigen Energiekonzernlobby.

Das einzige Ziel dieser politischen Realität scheint auch hier wieder nur der Profit der Energiekonzerne und nicht etwa eine für unsere etwas längerfristige Zukunft notwendige und unabdingbare Entscheidung zur Energiewende zu sein.

Unsere Zukunft

Unsere Zukunft sollten wir uns an dieser Stelle vielleicht einfach einmal vorstellen. Wir bewegen uns in zwölf bis fünfundzwanzig Jahren also absolut ökologisch und emissionsfrei leise surrend über größere Strecken und durch unsere Städte, während wir weiter um Atommüllendlagerstätten streiten, Kohlekraftwerksparks und Müllverbrennungsanlagen riesige Mengen CO₂ in unsere Atmosphäre blasen und große Konzerne damit viel Geld verdienen.

Eine solche Zukunft scheint für uns und die nachfolgenden Generationen wenig akzeptabel oder erstrebenswert und wird von uns und immer mehr Menschen in unserer Stadt, unserem Land und der ganzen Welt im tiefsten Inneren abgelehnt, weil es ja Alternativen wie Wind-, Wasser- und Solarenergie gibt, die jedoch schon heute eines absoluten Vorrangs bedürften.

Deshalb erscheint es uns auch nötig mit AUF Witten weiterhin auch in dieser schriftlichen Form Teil der demokratischen Protestbewegungen zu sein, die schon heute vielerorts langfristig vernünftige und nicht kurzfristig profitbringende Entscheidungen für unsere ökologische Zukunft fordern.

G8, Stuttgart 21, Gorleben, Montagsdemos, ... die demokratische Notwendigkeit des Bürgerprotestes

Von René Schlüter, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten* und Mitglied der Umwelt AG

Brandaktuell erleben wir weltweit und auch in unserem Land eine neue Qualität der Protestkultur der Bevölkerungen. Gute Beispiele sind hier bei uns Stuttgart vor wenigen Wochen oder Gorleben am letzten Wochenende, wo betroffene Bürger aber auch Sympathisanten besonders eindrucksvoll ihren Protest gegen bereits getroffene politische Entscheidungen in unsere (Medien-)Welt trugen. Gleichzeitig richtete sich große Kritik von Seiten der regierenden Profipolitik an eben diesen legitimen Meinungsäußerungen des Volkes.



Das „böse Volk“

Als Begründung hierfür diene im Fall von Stuttgart 21 z.B. der Verweis auf ein seit zehn Jahren laufendes Planungsverfahren, in dem die Bevölkerung ja *minderkommunizierte* Mitsprachemöglichkeiten gehabt hätte.

In Gorleben wird nach fünfundzwanzigjährigem Protest gegen das Atommüllendlager von der Kanzlerin kritisiert, dass die Entschotterung von Gleisbetten Sachbeschädigung und keinesfalls friedlicher Protest sei – sinnigerweise nur Wochen nach absolut „friedlichen Ausschreitungen“ der Polizei gegen eine „gewaltbereite“ Ansammlung von Rentnern und Kindern in Stuttgart.

Auch international wird mittlerweile jedes G8-, G20-, Weltbank-, ... Treffen nur noch unter hohem Einsatz von Sicherheitskräften abgehalten, um die Sicherheit der Politiker und die Kontrolle über die protestierenden Massen zu garantieren. Auch die Vorgänge in Stuttgart und Gorleben wären ohne massive Polizeieinsätze mit den so entstehenden hohen Kosten nicht möglich gewesen.

Was haben die Wittener Montagsdemo als Teil der bundesweiten Montagsdemonstrobewegung gegen den sozialen Kahlschlag und *AUF Witten* mit dem Protest gegen die politischen Zustände in unserer Stadt mit Demokratie zu tun?

Kritik ist notwendig

Wieso ist die gerade auch in „*Witten im AUFbruch*“ zum Ausdruck kommende Kritik an einem fehlenden Zins- bzw. Schuldenmoratorium, dem Missmanagement bei unseren Stadtwerken, dem ständigen Zusammenschrumpfen von kommunalen Sozial- und Kulturhaushalten, unsinnigen geförderten Bauprojekten, globaler Umweltpolitik und Umweltverbrechen in Wittener Betrieben so notwendig?

Die meisten heutigen Profipolitiker sehen sich nämlich meist nur noch als (Finanz-)manager unserer Demokratie, so wie auch die Mehrheit der Wittener Ratsmitglieder und gerade unsere Wittener Verwaltung unsere Stadt

wie ein Wirtschaftsunternehmen sieht und diese auch so führt.

Antworten gesucht!

Unsere Welt-, Land- und Stadtbevölkerung hat jedoch auch langfristige Ansprüche, z.B. nach einer lebenswerten Zukunft, die sich nicht kurzfristig gewinnbringend abhandeln lassen und deshalb auch nur schwer gegen den Einfluss von z.B. Finanz- und Energielobby durchzusetzen sind.

Dennoch sind natürlich Antworten auf die Fragen nach der Endlagerung von Atommüll bzw. des Weiterbetriebes von Atomkraftwerken mit allen möglichen Folgen oder des finanziellen Kollapses unserer überschuldeten kommunalen Haushalte für uns Bürger absolut notwendig für unser aller Zukunft und damit natürlich auch für die Zukunft unserer Demokratie.

Der Protest von mannigfaltigen Organisationen, wie z.B. der von *AUF Witten*, wird somit zur demokratischen Notwendigkeit für die aufgeklärte Bevölkerung, die natürlich ein Interesse an der Zukunft unserer Gesellschaft hat und das auch durchsetzen will, bevor auch der letzte Politiker der Aussage eines lange toten Indianerhäuptlings folgt und einsieht, dass man Geld weder essen noch atmen kann.



© ROGER SCHMIDT WWW.KARIKATUR-CARTOON.DE

Montagsdemobewegung gewinnt Zuspruch

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Am 16. Oktober fand in Berlin die siebte traditionelle Herstdemonstration der Montagsdemobewegung statt. Sie war äußerst kämpferisch mit ihren 7.000 Teilnehmern – das sind doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die Bandbreite der Teilnehmer reichte von Montagsdemonstranten und Gewerkschaftern, Aktivisten der Umweltbewegung, bis hin zu den Milchbauern. Der Tenor war unmissverständlich: Diese Regierung und ihre Politik müssen weg – inklusive der menschenverachtenden Hartz-Gesetze!

Der Tag in Berlin

Die Reise nach Berlin begann am frühen Samstagmorgen um 3 Uhr am Busbahnhof. Gemeinsam fuhren wir mit dem Auto nach Bochum zum Bus. Im voll ausgelasteten Bus machten wir es uns gemütlich und fuhren mit guter Stimmung los. In unserem Bus fuhren Teilnehmer aus Bochum, Dortmund, Hattingen und Witten mit.

Die Reise verlief ohne Probleme. Auf die Minute genau kamen wir in Berlin am Treffpunkt an. Wir sammelten uns und gingen zur Auftaktkundgebung rüber. Der Platz war schon zu Beginn sehr voll.

Im Laufe der Demo wurde der Demonstrationzug immer länger, bis man selbst an den offenen Stellen kaum eines der beiden Enden des Zuges sehen konnte. Kein Wunder, denn es gab zwei parallel laufende Demozüge, die sich zu einem großen zusammengeschlossen haben. Auf dem Platz der Abschlusskundgebung, dem Alexanderplatz, war nicht mehr überall ein Durchkommen möglich.



Im Anschluss an die Demo fand noch eine internationale Kulturveranstaltung kommunistischer Organisationen aus aller Welt statt, die ihren Besuch wert

war. Sie alle unterstützen den Protest der Massen und machen deutlich, dass sie da sein werden, wenn sie gebraucht werden.

Am späten Abend ging es dann um 22 Uhr zurück nach Hause. Gegen 5 Uhr morgens kehrten dann die Demonstranten aus unserem Bus heim. Ein wahrlich langer, harter, aber uneingeschränkt lohnender Tag.

Der Protest

Im Aufruf der Koordinierungsgruppe der Montagsdemobewegung heißt es:

„Über 800 Milliarden Euro hat die Bundesregierung Kredite und Bürgschaften an Banken und Konzerne gegeben, damit ihre Profite trotz Weltwirtschaftskrise weiter sprudeln. Mit dem größten Krisenprogramm in der Geschichte der BRD sollen 80 Mrd. Euro den Hartz IV-Betroffenen und Arbeitern sowie ihren Familien, Kindern und Jugendlichen, Kranken und Rentnern abgepresst werden. Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf der Abschlusliste!

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke sollen auf Kosten der Gesundheit und Überleben der Menschheit den Energiekonzernen Traumprofite sichern.

Die Bundeswehr kämpft in Afghanistan und anderswo auf der Welt für die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Mächtigen in diesem Land – obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist.

Aus den Schubladen werden immer neue Gesetze zur Bespitzelung gezogen, um diese Politik gegen wachsende



Proteste und Kämpfe aufrecht zu erhalten.“

Den Widerstand stärken

Am Abend des Tages hatte ich ein Gespräch mit einem Mitglied von der Partei Die.Linke. Ich fragte ihn, warum sich seine Partei nicht an dieser Demo beteiligt hat, denn schließlich hat sie doch viele gleiche und ähnliche Positionen, sowie alternative Vorschläge zu bieten.

Er sagte mir, dass das Problem darin bestünde, dass die MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) sich beteilige. Dazu sage ich euch:

Der Protest gegen Hartz IV und die Regierung sind überparteilich auf antifaschistischer Grundlage! Hier darf sich jeder und jede Organisation beteiligen. Was ist das für eine Bedingung, nur dann mitzumachen, wenn sich eine Partei, die Marx und Lenin gut findet, nicht daran beteiligt? Ich rufe deshalb alle dazu auf:

Legt eure Vorbehalte bei Seite und lasst uns um die gemeinsame Sache kämpfen! Dann werden wir auch etwas erreichen!

Nieder mit Hartz IV und weg mit dieser Regierung!

Wenn Sie Internet haben, empfehlen wir Ihnen die Homepage der Montagsdemobewegung:

www.bundesweite-montagsdemo.com

Dort gibt es u.a. auch Videos zu dieser Demonstration.

Jahreshauptversammlung erfolgreich durchgeführt

Am 7. November fand im Hotel Specht unsere Jahreshauptversammlung erfolgreich statt. Der Vorstand legte wie gewohnt Rechenschaft ab, ebenso wie unser Ratsmitglied Achim Czylwick. Es war ein spannender Rückblick auf ein schwieriges Jahr, wo *AUF Witten* organisatorisch auf die Probe gestellt wurde, mit einer spannenden Aussprache.

Das Jahr 2010

Das Jahr war geprägt von einer Menge persönlicher einschneidender Veränderungen. Aber ob gesundheitlich oder familiär: **Wir haben uns nicht klein kriegen lassen! Darauf sind wir stolz!**

Der Protest gegen Stuttgart 21, der Anti-Atomkraftbewegung, der Montagsdemo – oder kurz gesagt: gegen diese Politik – hat einen Aufschwung erhalten. Die Menschen sind nicht mehr bereit den Kahlschlag und das Spiel mit der Umwelt hinzunehmen! Das ist sehr zu begrüßen.

Unser Motto „*Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern*“ wurde dabei überprüft, denn:

Wer kümmert sich heute nicht um sich selbst und warum hat *AUF Witten* trotz des zunehmenden Protestes nur geringfügig Mitglieder gewonnen?

Hier dürfen wir uns nichts vor machen, denn man ist angewiesen, sich um sich selbst zu kümmern, aber alleine bringt das nicht viel. Deshalb sagen wir auch, das **WIR** uns um uns selber kümmern müssen, sprich:

Stellvertreterpolitik hat noch nie funktioniert! Deshalb müssen **WIR** unsere Zukunftsinteressen in die eigene Hand nehmen. Und wer sind **WIR**? Du und Ich gemeinsam Hand in Hand!

Das ist noch nicht jedem bewusst. Die Schlussfolgerung ist also, dass wir das viel mehr mit den Menschen diskutieren müssen. (siehe dazu auch Seite 10)

Was wir gelernt haben

Auch bei allen positiven Dingen, die wir geleistet haben, war auch der Vorstand immer wieder frustriert. Verständlich, denn es lief nicht immer so, wie wir es uns gewünscht haben. Wir sollten vielmehr das sehen, was wir leisten anstatt das, was wir nicht leisten? Dadurch kommt das Positive ja überhaupt zum Tragen.

Kinderfreundliches Witten

Für dieses Jahr war geplant, den Protest für ein kinderfreundliches Witten zu organisieren, was aber aus verschiedenen Gründen nicht geklappt hat. Wir sind jedoch nicht stehen geblieben und kämpfen uns langsam, aber sicher nach vorne zu unserem Ziel durch. Dass sich etwas tut, möchten wir mit dem kleinen Bericht rechts im Kasten zum Vorbereitungstreffen für diese Aktion darstellen.

Der Vorstand

Aus verschiedenen Gründen haben nicht mehr alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidiert, wir bedanken uns an dieser Stelle für die Zusammenarbeit. Fünf von uns stellen sich weiterhin der Aufgabe, die Arbeit von *AUF Witten* zu führen (siehe unten). Auch wurden zwei Kassenprüfer gewählt. Alle Kandidaten erhielten 100% der Stimmen – das muss man uns erst einmal nachmachen!

Aktionstag für ein Kinderfreundliches Witten

Am Mittwoch den 10.11.2010 trafen sich Bürger zum ersten Vorbereitungstreffen im Casa Cuba.

Es wurden erste konstruktive Vorschläge erarbeitet, die zum Verkauf angedachten Kinderspielplätze standen dabei im Vordergrund. Weiterhin wurden die anwesenden Mitstreiter mit praktischen Aufgaben betraut, um den für das Frühjahr angedachten Aktionstag zum Erfolg zu führen.

Ein weiteres Treffen ist voraussichtlich am 26.01.2011, genauere Terminplanung wird noch bekannt gegeben.

Der neue Vorstand von *AUF Witten*



Gregor Duve, 69 Jahre



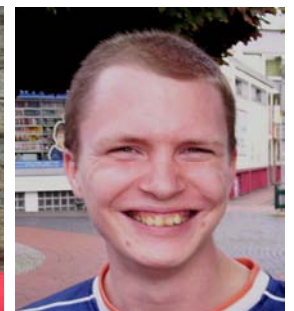
Romeo Frey, 64 Jahre



René Schlüter, 35 Jahre



Ruth Schlüter, 56 Jahre



Ulrich Wagner, 23 Jahre

Bescheidene Wahrheit besser als jede noch so tolle Lüge

Interview mit Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Immer wieder werden wir von *AUF Witten* darauf angesprochen, was wir denn eigentlich politisch so machen, weil man ja nichts oder kaum etwas von uns sieht. Eine gute Frage. Um diese zu beantworten, möchten wir Ihnen einen Blick hinter die Kulissen von *AUF Witten* gewähren. Dazu haben wir unser jüngstes Vorstandsmitglied, Ulrich Wagner (23 Jahre) befragt.



? Was sind das für Menschen, die in *AUF Witten* politisch aktiv sind?

Ulrich Wagner (U.W.) Die Frage lässt sich ganz leicht beantworten: Menschen wie Du und Ich. *AUF Witten* ist aus der Überzeugung heraus entstanden, dass wenn sich hier in Witten etwas zu Gunsten der Menschen, der Familien und Kinder, der Umwelt, usw. ändern soll, dass nur wir selbst das können. Stellvertreterpolitik hat bis heute noch nichts gebracht. Daher sind wir selbst aktiv geworden. Wir, das sind Menschen, die oftmals Vollzeit berufstätig sind, aber auch Arbeitslose, Rentner, Familien, usw. Wir nutzen unsere freie Zeit für die politische Arbeit.

? Was hat euch persönlich die politische Arbeit bisher gebracht?

U.W.: Wir haben in den letzten 7 Jahren seit der Gründung unheimlich viel über die Kommunalpolitik gelernt. Genauso hat es uns viele neue Freundschaften gebracht und dadurch eine persönliche Stärkung jedes Einzelnen von uns geschaffen. Wir haben vieles über den Zusammenhalt, Solidarität, Freundschaft und richtiges Streiten gelernt. Die Liste ist sehr lang. Ich persönlich kann sagen, dass ich ohne *AUF Witten* heute nicht mehr „so gut“ dran wäre, sondern dass es mir sehr viel schlechter gehen würde.

? Oft kriegt ihr zu hören, dass von euch kaum Aktionen zu sehen sind. Was sagst du dazu?

U.W.: Unsere Hauptaktivitäten beziehen sich darauf, Menschen zu organisieren und in die politische Arbeit mit einzubeziehen. Wir machen keine Stellvertreteraktionen. An Demonstrationen haben wir bisher die Montagsdemonstration unterstützt, zuerst initiiert und dann dafür

gesorgt, dass sich eine eigenständige Bürgerbewegung gebildet hat, die wir mit tragen. Uns sind beim derzeitigen Stand auch noch Grenzen gesetzt, weil einige aktive Mitglieder krank oder beruflich stark eingeschränkt sind, aber dennoch sehr vorantreibend arbeiten. Wir sind ja keine Berufspolitiker, wollen wir auch nicht sein. Aber gerade deshalb ist es so wichtig, dass Menschen, die *AUF Witten* gut finden, sich organisieren und die politische Arbeit unterstützen, damit wir so etwas machen können. Je mehr das tragen, desto größer werden die Möglichkeiten.

? Warum habt ihr kein Parteiprogramm?

U.W.: *AUF Witten* ist ein überparteiliches Personenwahlbündnis. Das ist der Grund. Wir können kein Parteiprogramm haben, wenn wir überparteilich sind. Aber wir haben bestimmte Grundprinzipien und eine in der Satzung festgelegte Arbeitsweise, auf deren Grundlage wir unsere Entscheidungen treffen. Wir haben uns den Menschen verpflichtet und damit ist unsere Grundausrichtung klar: Politik für den kleinen Mann/die kleine Frau machen.

? Was sagst du Menschen, die dir sagen: „Das bringt doch alles nichts!“?

U.W.: Das ist eine wichtige Auseinandersetzung, die wir führen müssen. Ich frage mal umgekehrt: Was wäre denn notwendig, damit es etwas bringt? Fängt es nicht bei dir selbst an, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern? Welche Politik betreibst du dir selbst gegenüber? Es ist doch logisch, dass „die da oben“ solange das machen, was sie wollen, wie wir es auch zulassen. Also packen wir uns doch mal an die eigene Nase: Wenn ich etwas gut finde, dann

mache ich es doch auch. Warum also nicht auch in der Politik?

? Warum bist du politisch aktiv geworden?

U.W.: Ich habe mich bis zu meinem 17. Lebensjahr aus der Politik rausgehalten. Ich dachte immer, Politik ist nur das, was in den Parlamenten gemacht wird. Das ist aber falsch. Als ich ein Positionspapier von *AUF Witten* das erste Mal in der Hand hielt und gelesen habe, war mir klar, dass man etwas ändern kann. Es wurden ganz konkrete Vorschläge gemacht, was man in der Politik ändern kann, und dass es dazu aber auch notwendig ist, selbst aktiv zu werden. Das ist eine Chance für jeden, die man sich nicht entgehen lassen sollte, weil mit *AUF Witten* eine wirkliche Alternative zu den Etablierten besteht.

? Was ist dein Motto?

U.W.: „Eine Lüge ist, ganz gleich, wie gut sie auch gemeint sein mag, immer schlechter als die bescheidenste Wahrheit.“ (Ché Guevara)

Vielen Dank für das Interview!



Demokratie oder die Angst vor dem Bürger

Von Ruth Schlüter, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Am 17.09.2010 fand im Saalbau die erste öffentliche Sitzung des Verwaltungsrats des Kulturforums statt. In dieser Sitzung sollte auch über den Verkauf des Gebäudes Ruhrstraße 48 (Stadtbücherei) beraten werden. Die Stadtbücherei soll nach Verkauf des Gebäudes in das Märkische Museum umziehen, wo aber nur eine sehr begrenzte Anzahl von Büchern Platz finden würde. Unsere Bürgermeisterin ist ja der Meinung: „Weniger ist mehr.“ Aber gerade für Kinder und Jugendliche ist eine gut bestückte Bücherei wichtig, weil sie dort lernen, dass es auch andere Medien außer Internet und Fernsehen gibt.

Generell für Bürger aller Altersklassen mit weniger Geld ist die Stadtbücherei eine wichtige Quelle, denn dort können sie sich Bücher und Medien ausleihen. Das ist für sie auf Dauer günstiger, weil sie sich mit dem einmal gezahlten Jahresbeitrag so viele Bücher, wie sie möchten, ausleihen dürfen.

Protest ...

Dagegen gab es vor dem Saalbau eine Demonstration, an der sich viele Bürger beteiligten. Die Mitglieder des Verwaltungsrats trauten sich – bis auf wenige Ausnahmen – nicht durch den Haupteingang. Unsere Bürgermeisterin nahm auch einen anderen Eingang. Bei der Demonstration wurden Unterschriften gesammelt und Flugblätter verteilt.

... unerwünscht

Als nun die Sitzung begann, wollten die Demonstranten den Saalbau betreten um an der Sitzung als Zuhörer teilzunehmen. Der Saalbau bzw. die Sitzung wurde aber von einem privaten Sicherheitsdienst bewacht. Es stellte sich heraus, dass die Flugblätter nicht mit in den Saalbau hinein genommen werden durften. Der Sicherheitsdienst antwortete auf Nachfrage, dass es so angeordnet wurde.

Nun sollte man meinen, dass jetzt die Teilnahme an der Sitzung möglich gewesen wäre. Weit gefehlt: Jeder, der in den Saalbau wollte, musste seine Tasche bzw. seinen Rucksack öffnen, damit der Sicherheitsdienst den Inhalt kontrollieren konnte.



Maulkorb für die Bürger

Zu Beginn der Sitzung wies die Bürgermeisterin Frau Leidemann darauf hin, dass Wortbeiträge, Beifall, Buhrufe oder Ähnliches den Zuschauern verboten seien. Also durfte man nur zuhören.

Dann kamen einige Zuhörer auf die Idee in regelmäßigen Abständen aufzustehen und ruhig stehen zu bleiben um sich dann wieder hinzusetzen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats waren irritiert, stimmten aber trotzdem unter gewissen Bedingungen mit zwei Gegenstimmen für die Vorlage, also für den Verkauf des Gebäudes Ruhrstraße 48. Nach dieser Abstimmung verließen die Demonstranten geschlossen die Sitzung.



Unterschriftenaktion

Ein paar Tage später wurde eine Unterschriftenaktion (Bürgerbegehren) für den Erhalt der Stadtbücherei ins Leben gerufen. Wir von *AUF Witten* sind auch gegen die Schließung der Stadtbücherei an der Ruhrstraße 48 und unterstützen die Unterschriftenaktion auch damit, dass wir selber mit sammeln. Die Stadtbücherei an der Ruhrstraße 48 sollte erhalten bleiben und für die Zukunft erweitert werden.

AUF Witten sieht dies auch als Aufgabe der Stadt im Rahmen der Kulturförderung. Man sollte nicht vergessen, dass wir immer noch im Kulturjahr Ruhr 2010 sind. Preiswerter kann man den Bürgern Bücher und andere Medien nicht näher bringen. Ich bin der Meinung, dass dafür die Stadt zuständig ist, weil sie auch etwas für ihre Bürger tun muss.

Fazit

Mein Fazit dazu: Die Stadt Witten ist hoch verschuldet und hat somit kein Geld.

Wer hat dann eigentlich den privaten Sicherheitsdienst bezahlt? Die Wittener Bürger? Warum wurde der Sicherheitsdienst überhaupt gebraucht? Hat man bei der Stadt Witten soviel Angst vor seinen Bürgern, die friedlich demonstrieren? Das ist ihr demokratisches Recht.



Politik, ein schmutziges Geschäft?

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Viele Menschen sind zu Recht angewidert von Korruption, Vetternwirtschaft und Pöstchenschieberei in der Politik. Es geht nur um Macht und Machthaberei, die Auswirkungen auf die Menschen sind den tonangebenden Politikern, ob in Bund, Länder und Gemeinden, völlig egal, Hauptsache ihnen geht es gut.

Unter dem Motto „Gibst du mir, so gebe ich Dir“ werden dem Kapital Tür und Tor geöffnet, um seine schmutzigen Geschäfte mit Ausbeuterei und Unterdrückung durchzuführen. Selbst vor Psychoterror wird nicht zurückgeschreckt. Bestehende Gesetze, selbst verbriefte Grundrechte, werden nicht selten den Bedürfnissen, Entscheidungen und Machenschaften der Wirtschaft angepasst und verändert, sogar mit Unterstützung der EU.

Warum aber habe ich bei der Überschrift ein Fragezeichen gesetzt? Weil es auch eine andere Politik geben kann. Es ist nicht ausgemacht, dass jeder automatisch das schmutzige Geschäft mitmachen muss, wenn er politisch aktiv wird. Es kommt auf die Art und Weise an, wie das geschehen soll. **Wir dürfen aus lauter Enttäuschung und Ärger nicht die Politik denen überlassen, die uns verraten und verkaufen – neue Politiker braucht das Land!**

Denken wir zurück an die Finanzkrise, wo über Nacht mit einer Selbstverständlichkeit Millionen von Euro für die Banken bereitgestellt wurden. Noch heute müssen Banken mit Millionen Euro unterstützt werden, wie West LB, HRE Bank, etc. **AUF Witten hat dagegen eine klare Forderung: Zinsmoratorium und Niederschlagung der kommunalen Schulden, damit endlich einmal die Banken zur Kasse gebeten werden, die an der bisherigen Umverteilungspolitik immens verdient haben. Für AUF Witten muss der für den Schaden haften, der ihn verursacht hat!**

Würde dieses Prinzip in der heute herrschenden Politik gelten, hätte man nicht der Atomlobby in einem geheimen Abkommen über Nacht Erleichterungen im Umgang von Sicherheit und Sicherheitsauflagen, sowie Laufzeitverlängerungen der AKWs gesetzlich möglich gemacht. Müsste ein Atomkonzern für die Verstrahlung und Entsorgung des Atomabfalls gerade stehen, wären die AKWs erst gar nicht gebaut worden, weil sich

das gar nicht rechnen würde angesichts der in den nächsten hunderttausend Jahren anfallenden Kosten.

Die Regierung aber will, dass die Bürger die Zeche bezahlen und veranstaltet dazu mit der Brennelementesteuer und anderen Tricks ein riesen Betrugsmanöver.

Immer wieder werden über die Köpfe der Menschen hinweg Entscheidungen getroffen, obwohl diese tief in ihre Lebensinteressen eingreifen, siehe Stuttgart 21, Atommüllendlagerung, Bundeswehreinräumungen im Ausland usw.

Wir sehen und spüren, dass auch unsere Verantwortlichen in unserer Stadt nach diesem Muster handeln. Da werden Bediensteten der Stadtverwaltung Maulkörbe angelegt unter Androhung disziplinärer Maßnahmen, damit nicht offen über Entscheidungen der Stadtspitze geredet wird, die kritisch gesehen werden.

Die Uhren unserer Entscheidungsträger in der Verwaltung und der Mehrheitsbeschaffer im Rat ticken gegen die Bedürfnisse der Bürger, insbesondere unserer Kinder, Jugend, kranker und alter Menschen.

Mit der Schließung bzw. Verkleinerung der Stadtbücherei wird der Kahlschlag deutlich, der insgesamt bei Kultur und Bildung auf den Weg gebracht werden soll. Da geht es nicht mehr nur um einzelne Maßnahmen, sondern um eine ganze Richtung. Das führt in der Summe zu einem Bildungsstau bei Kindern und



Jugendlichen, für ältere Menschen zu einer Einschränkung der Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.

Müssten die Wittener Verantwortlichen persönlich für den angerichteten Schaden haften, würden sie es sich zweimal überlegen, das Tafelsilber der Stadt zu verkaufen. Ein Ausverkauf der Substanz dieser Stadt, die unwiederbringlich verloren ginge zum Preis einiger Silberlinge, die an der Verschuldung nichts ändern.

Hier hilft nur ein radikales Umdenken, da muss man sich anlegen mit der Politik von Bund und Land, die den Ausverkauf der Kommunen zugunsten von Bankmilliarden, Subventionen und Militarisierung vorangebracht haben.

Wer mit Optimismus in die Zukunft sehen möchte, kommt nicht darum herum, sich mit den Umverteilern anzulegen. Da tun sich Mitglieder von Parteien natürlich schwer, die in Bund und Land die Verschuldung der Kommunen betreiben.

Darum ist AUF Witten überparteilich, fragt nicht nach dem Parteibuch, sondern danach, ob einer sich für das Gemeinwohl wirklich einsetzen will – im Interesse der Zukunft unserer Kinder und Enkel, statt nur davon zu reden!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, liebe Leserinnen und Leser, erholsame Feiertage und ein kämpferisches und erfolgreiches Neues Jahr 2011!

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de